

SUBVENTIONEN

589 Millionen Euro für die Kammern

Geht es um Subventionen für andere, ist Eric Schweitzer, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), mit Kritik schnell bei der Sache.

Finanzhilfen für erneuerbare Energien?

„Schnellstmöglich zurückfahren“, fordert Schweitzer, man brauche generell „weder weitere Subventionen für die Wirtschaft noch mehr staatliche Umverteilung“.

Bei der eigenen Organisation ist man dagegen sensibler. So flossen zwischen 2009 und 2012 rund 589 Millionen Euro an Subventionen aus europäischen Fördertöpfen in die Kassen der deutschen Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammern, ihre Tochterunternehmen oder Firmen, an denen die Kammern beteiligt sind. Dies geht aus dem Bericht 2013 des DIHK-kritischen Bundesverbands für freie Kammern (bfff) hervor, der in dieser Woche veröffentlicht wird. Dabei sind teilweise merkwürdige Projekte von der Europäischen Union begünstigt worden. So sponserte Brüssel das Projekt „Vorbereitung auf ein Leben auch ohne Sport“ der Handwerkskammer Suhl mit 16 000 Euro. Die Osnabrücker Industrie- und Handelskammer ließ sich 180 000 Euro überweisen, um eine „passgenaue Vermittlung von Auszubildenden“ gewährleisten zu können. „Aufgrund des Kammerzwangs haben die Kammern genügend Einnahmen durch ihre Mitgliedsbetriebe“, kritisiert der bfff-Geschäftsführer Kai Boeddinghaus. „Da sollte man nicht auch noch öffentliche Gelder anzapfen.“

SIEMENS

Ex-Personalchef wehrt sich gegen Ablösung

Der freigestellte Deutschland-Personalchef von Siemens, Walter Huber, will seine Entmachtung durch die Konzernspitze unter ihrem neuen Chef Joe Kaeser nicht kampfflos hinnehmen. Der Topmanager wurde am Freitag vorvergänger Woche von seinen Aufgaben entbunden, nachdem bekannt geworden war, dass er an einer sechsstelligen Gehaltserhöhung für Gesamtbetriebsratschef Lothar Adler be-



Aldi-Süd-Zentrallager Mahlberg

HANDEL

Aldi Süd führt Ombudsmann ein

Der Discount-Riese Aldi Süd hat nach Vorfällen von Mitarbeiter-Misshandlungen im Zentrallager Mahlberg einen Ombudsmann eingesetzt, an den sich bedrängte Mitarbeiter wenden können. Auch wenn Aldi Süd einen Zusammenhang mit den Vorkommnissen in Mahlberg bestreitet, ist die zeitliche Abfolge doch offensichtlich. Ende September wurde bekannt, dass an jenem Aldi-Standort Auszubildende mit Frischhaltefolie an Pfosten gefesselt wurden, wenn sie Vorgesetzten zu widerspenstig waren (SPIEGEL 39/2013, siehe Foto oben). Der „Vertrauensanwalt“, so die Aldi-interne Bezeichnung, hat seine Arbeit Anfang Oktober aufgenommen. Mitarbeiter hätten nun die Möglichkeit, „bei Unstimmigkeiten oder Problemen“ den Juristen zu kontaktieren, sagt Aldi

Süd. So könne es für die Angestellten sinnvoll sein, „bei vermuteten Verstößen gegen Arbeitssicherheitsrichtlinien, bei Fehlverhalten von Vorgesetzten, Mobbing, Diebstahl oder Unterschlagung mit dem Vertrauensanwalt Kontakt aufzunehmen“. Üblicherweise wendet man sich in solchen Fällen an Betriebsräte, doch die gibt es bei Aldi Süd nicht. Der Vertrauensanwalt fungiere als externe und neutrale Kontaktstelle und biete dem um Rat suchenden Mitarbeiter „einen rechtlich geschützten Raum“, so Aldi Süd. Die Anonymität des Mitarbeiters sei gewährleistet, weil der Jurist an seine anwaltliche Schweigepflicht gebunden ist. Er sei allerdings „weder der rechtliche Vertreter des Mitarbeiters noch des Unternehmens“, heißt es bei Aldi Süd.

teiligt gewesen sein soll. Huber hat einen renommierten Münchner Arbeitsrechtler mit der Wahrnehmung seiner Interessen beauftragt und erwägt, im Notfall gegen seine vorläufige Ablösung zu klagen. Die Erfolgs-

chancen stünden nicht schlecht. Nach Darstellung von Siemens-Insidern sollen Vorgesetzte Huber nicht von der Besserstellung Adlers abgehalten und sogar dazu ermuntert haben. Die Hintergründe sollen nun zunächst interne Ermittlungen klären. Sollte es tatsächlich zu einem Arbeitsgerichtsverfahren kommen, könnten weitere brisante Enthüllungen drohen. Spätestens dann dürfte sich herausstellen, ob neben Adler weitere Arbeitnehmervertreter ungewöhnliche Privilegien erhielten. Ein Siemens-Sprecher wollte sich mit Verweis auf die laufende Untersuchungen zunächst nicht äußern.



GOERLICH / DAVIDS

Kaeser